

## **Mehrheit der Deutschen fordert Unterstützung für die Ukraine**

Hamburg, 30. April 2014. Die Mehrheit (58%) der Deutschen glaubt, dass die Bundesregierung alles unternehmen sollte, um die politische und wirtschaftliche Stabilität in der Ukraine sicherzustellen. Dabei werden wirtschaftliche Sanktionen (46%) ebenso stark befürwortet wie das Einfrieren von Putins Konten und Vermögen (44%). Dem Einsatz einer europäischen militärischen Eingreiftruppe im Krisengebiet wird jedoch nur von 25 Prozent zugestimmt. . Das ergab eine Online-Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos unter mehr als 8000 Bürgern in elf europäischen Ländern.

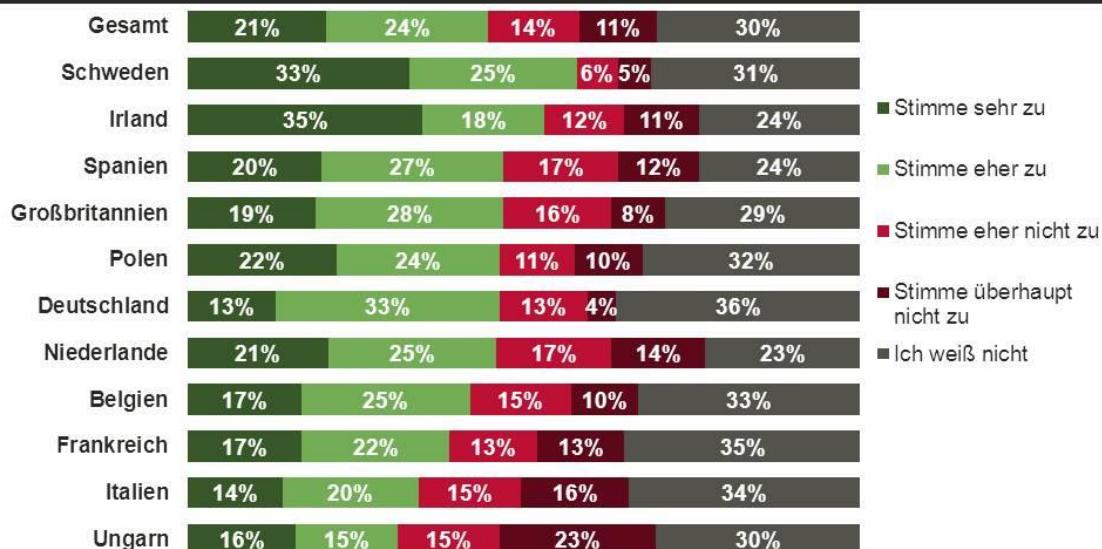
### **Wirtschaftliche Sanktionen Ja – militärisches Eingreifen Nein**

Die Deutschen sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Nur 26 Prozent der Befragten sagen, dass sich die Bundesregierung aus dem Konflikt in der Ukraine heraushalten sollte. Dabei ist die Unterstützung für ökonomische Maßnahmen am größten. Rund 46 Prozent befürworten wirtschaftliche Sanktionen, während 44 Prozent der Befragten dafür sind, dass die ausländischen Guthaben und Konten von Präsident Putin und anderen führenden russischen Politikern eingefroren werden. Im internationalen Vergleich stimmen weniger als die Hälfte der Befragten (45%) der Aussage zu, dass die jeweilige politische Führung wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängen sollte, Deutschland liegt damit im Mittelfeld. Die größte Zustimmung erhielt die Aussage in Schweden (59%), gefolgt von Polen (53%), Großbritannien und Spanien (47%), Irland und den Niederlanden (46%), Belgien (42%), Frankreich (39%), Italien (34%) und Ungarn (32%).

Zwar sagt mehr als die Hälfte der Deutschen (52%), dass die Bundesregierung alles tun sollte, um ein weiteres Vordringen Russlands über die besetzte Krim hinaus zu verhindern, aber nur jeder Vierte (26%) würde eine internationale militärische Eingreiftruppe als Puffer zwischen der Ukraine und Russland unterstützen, 39 Prozent lehnen dies explizit ab. Die größten Befürworter eines militärischen Eingreifens finden sich in Polen (38%), gefolgt von Irland (34%), Schweden (30%), Frankreich (25%), Großbritannien (25%), den Niederlanden (25%), Spanien (23%), Belgien (22%), Italien (21%) und Schlusslicht Ungarn (15%), hier lehnen 60 Prozent einen Militäreinsatz ausdrücklich ab.

## Sollte die Regierung Ihres Landes wirtschaftliche Sanktionen über Russland verhängen?

Wie Sie wissen, hat die Russische Föderation die Krimregion der Ukraine besetzt. Denken Sie die Regierung Ihres Landes sollte alles Erdenkliche tun, um aufgrund der kürzlich stattgefundenen Aktionen wirtschaftliche Sanktionen über Russland zu verhängen?



Basis: 8.333 Erwachsene, Alter: 16-64, Länder: Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Irland, Italien, Niederlande, Polen, Spanien und Schweden, 1.-17.April 2014

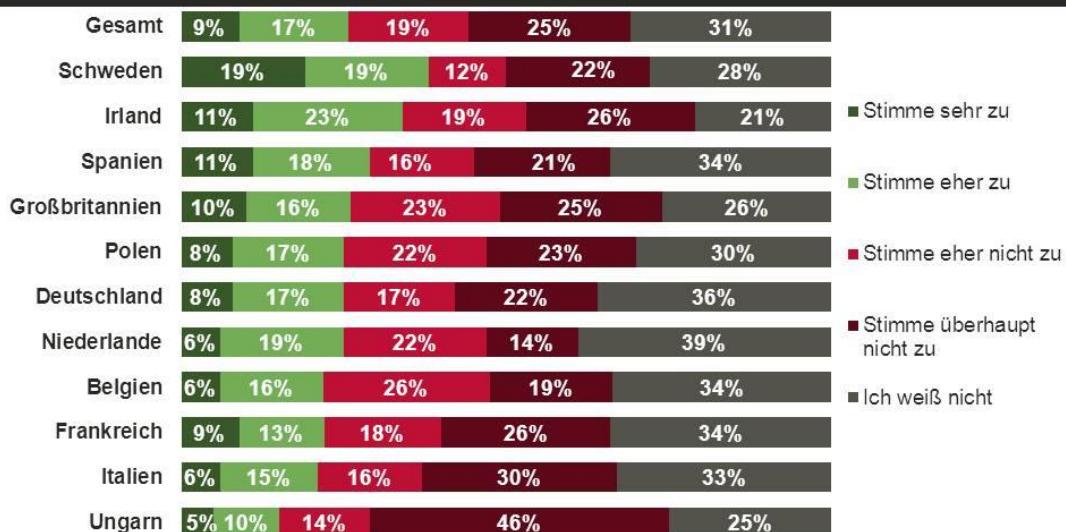
Quelle: Ipsos Social Research Institute

Ipsos MORI  
Social Research Institute  
©Ipsos MORI Version 1 / Public



## Sollte die Regierung Ihres Landes eine multinationale Europäische Militäreinheit unterstützen, die als Puffer in der Ukraine eingesetzt wird?

Wie Sie wissen, hat die Russische Föderation die Krimregion der Ukraine besetzt. Denken Sie die Regierung Ihres Landes sollte alles Erdenkliche tun, um eine gemischte Militäreinheit aus verschiedenen Europäischen Ländern einschließlich Deutschland zu unterstützen, die als Puffer innerhalb der Ukraine eingesetzt wird, sodass Russland nicht weiter vorrücken kann.



Basis: 8.333 Erwachsene, Alter: 16-64, Länder: Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Irland, Italien, Niederlande, Polen, Spanien und Schweden, 1.-17.April 2014

Quelle: Ipsos Social Research Institute

Ipsos MORI  
Social Research Institute  
©Ipsos MORI Version 1 / Public



Kontakt Ipsos Pressestelle  
Gudrun Witt  
Gudrun.Witt@ipsos.com

Sachsenstraße 6  
20097 Hamburg  
Tel. 040 80096 4179

## **Steckbrief Ipsos GlobalAdvisor**

Die Ergebnisse stammen aus einer von Ipsos durchgeführten Online-Befragung. Befragt wurden 8.333 Personen zwischen 16-64 Jahren. Die Stichprobe wurde aus dem Ipsos Global @dvisor Online Panel gezogen und gewichtet, um die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern zu repräsentieren. Die Befragung fand zwischen dem 1. und 17. April in Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Irland, Italien, Polen, Spanien und Schweden statt. Pro Land nahmen rund 1000 Personen teil, mit Ausnahme von Belgien, Ungarn, Irland, Polen und Schweden, wo jeweils eine Stichprobe von ca. 500 Personen befragt wurde. In den Niederlanden wurden 832 Personen befragt.

## **Über Ipsos und Ipsos Public Affairs:**

Ipsos ist ein unabhängiges und innovatives Dienstleistungsunternehmen, das weltweit Services rund um die Markt- und Meinungsforschung anbietet. Um unseren Kunden bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns in sechs Forschungsbereichen spezialisiert. So bestimmen unsere engagierten Forscher Marktpotenziale, zeigen Markttrends, testen Produkte, Werbung und Dienstleistungen, erforschen die Wirkung von Medien und geben der öffentlichen Meinung eine Stimme. Und das in 85 Ländern auf allen Kontinenten. In Deutschland beschäftigen wir in unserem „Home of Researchers“ über 500 Mitarbeiter in Hamburg, Mölln, München, Frankfurt und Berlin.

Der Forschungsbereich **Ipsos Public Affairs** ist die Politik- und Sozialforschung bei Ipsos. Der Bereich bietet Auftraggebern aus Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft Einblicke in die Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger.



**Kontakt Ipsos Pressestelle**  
Gudrun Witt  
[Gudrun.Witt@ipsos.com](mailto:Gudrun.Witt@ipsos.com)

Sachsenstraße 6  
20097 Hamburg  
Tel. 040 80096 4179